
Russische Revolution, Bürgerkrieg und NÖP

Rezension von: Stephen A. Smith,
Revolution in Russland.
Das Zarenreich in der Krise 1890-1928,
Verlag Philipp von Zabern,
Darmstadt 2017, 496 Seiten, gebunden,
€ 39,95; ISBN 978-3-805-35068-6.

Unter der überraschend geringen Zahl an Neuerscheinungen zur Russischen Revolution, die im Vorjahr zur Veröffentlichung gelangten, ist die vorliegende von Stephen A. Smith eine der interessantesten. Smith ist Professor für Geschichte an der Universität Oxford.

Seine Darstellung beginnt mit dem umfangreichen Reformprogramm Zar Alexander II. (Aufhebung der Leibeigenschaft 1861; Rechtsreform 1864; ländliche und städtische Selbstverwaltung 1864 bzw. 1871) und endet mit der Ära der „Neuen Ökonomischen Politik“ 1921-1928. Die „große Wende“ der Jahre 1928-1931, also Stalins „Revolution von oben“, im Zuge deren mit dem ersten Fünfjahresplan die Umstellung auf eine staatliche Zentralverwaltungswirtschaft in den Weg geleitet und die Kollektivierung der Landwirtschaft mit äußerster Gewalt erzwungen wurde, ist nicht mehr Gegenstand des Buches.

Smith behandelt die hauptsächlichsten Ereignisse, Entwicklungen, Strukturen und deren Veränderungen in den Sphären Politik, Wirtschaft, Soziales und Kultur. Auch in geografischer Hinsicht bietet das Werk eine sehr breite Darlegung und Interpretation, beschränken sich diese doch keineswegs nur auf die Metropolen.

Seit den späten 1980er-Jahren ist in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion sehr viel vormals gesperrtes Quellenmaterial zugänglich. HistorikerInnen haben diese Quellen genutzt, um alte Fragen einer Prüfung zu unterziehen, neue Fragen zu stellen und sich mit Themen auseinanderzusetzen, die in der Sowjetzeit nicht behandelt werden durften oder vernachlässigt wurden.

Solche Themenfelder sind u. a. die nichtbolschewistischen Bürgerkriegsparteien; die Versuche der Menschewiken und der Sozialrevolutionäre, der Machtmonopolisierung durch die Bolschewiken Widerstand zu leisten; der Konflikt zwischen Sowjetstaat und Orthodoxer Kirche; die katastrophalen wirtschaftlichen Folgen von Krieg, Bürgerkrieg und Kriegskommunismus; die von der NÖP ausgelösten ökonomischen und sozialen Spannungen; die Ereignisse und Entwicklungen in den nichtrussischen Peripherien des alten Imperiums; die Lebensumstände, Weltbilder, Haltungen, Handlungsoptionen und -spielräume sowie kollektiven Aktionen der Bauernschaft, welche die große Mehrheit der Bevölkerung ausmachte und zugleich entscheidende Triebkraft und hauptsächlichliches Opfer der Revolution war.

Smith fasst diese neuen Forschungsergebnisse zusammen und will der Leserschaft einen Eindruck davon vermitteln, wie sich die historischen Interpretationen der Russischen Revolution, die wesentlich an Tiefenschärfe gewonnen haben, in den letzten Jahren gewandelt haben.

Modernisierung und soziale Folgen

Der wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wandel, der Russland als Folge

der institutionellen Reformen und der Infrastruktur- und Industriepolitik, welche die ökonomische Modernisierung vorantrieben, sowie der zunehmenden Einbindung in die Weltwirtschaft seit den 1860er-Jahren und beschleunigt seit den 1890er-Jahren erfasste, ließ neue Klassen – Industriearbeiter, Angestellte, industrielle und kommerzielle Unternehmer, Freiberufler – und politische Kräfte entstehen. Die liberale Bewegung aus der Mittelklasse, die militante Arbeiterbewegung und die gegen den Landadel gerichteten Bauernbewegungen forderten – durchaus unterschiedliche – politische und soziale Reformen, setzten die Autokratie und den Adel unter Druck, untergruben das Fundament der zarischen Herrschaft und des alten Ständesystems. Die sozialen und ökonomischen Klüfte zwischen adliger und unternehmerischer Oberschicht sowie urbaner oberer Mittelschicht einerseits und der Bevölkerungsmehrheit – Bauern und Industriearbeiterschaft – waren enorm.

In der Revolution von 1905 standen Bürger, Arbeiter und Bauern nur vorübergehend Seite an Seite. Die der liberalen Bewegung entgegenkommenden politischen Reformen im Oktobermanifest von 1905 – Konstitutionalisierung der Monarchie – zog Zar Nikolaus II. nach der Niederschlagung der Revolten wieder zurück, hielt verbissen an der Selbstherrschaft fest.

Die Jahre 1907 bis 1914 waren einerseits von einem politischen Patt zwischen Regierung und Duma sowie dem generellen Abrücken von politischen Reformen geprägt, andererseits aber auch von einer deutlichen und breiten Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft und den Agrarreformen von 1906 und 1910/11, welche es Bauern erlaubten, Landanteile an der Dorfge-

meinschaft zu erwerben, und so die Schicht der freien Bauern stärkten.

„Ohne den Ausbruch des Ersten Weltkriegs ... hätte sich die Kluft zwischen den breiten Bevölkerungsschichten und den privilegierten Klassen wie auch zwischen Duma und Regierung vielleicht allmählich überbrücken lassen, doch machte der Krieg solchen Hoffnungen ein Ende“ (S. 20). Die Anforderungen des totalen Kriegs setzten Industrie und Landwirtschaft unter unerhörten Druck und vertieften die ökonomische Kluft zwischen Privilegierten und der übrigen Bevölkerung.

Das Scheitern der Februarrevolution

Es waren die katastrophale Lebensmittelknappheit, die galoppierende Teuerung, andere Kriegslasten und die allgemeine Kriegsmüdigkeit, die im Februar 1917 in St. Petersburg die Revolution auslösten und zum Sturz der Romanow-Dynastie führten. Die unteren Klassen begriffen Freiheit und Demokratie nicht nur als Grundsätze für die Neugestaltung der Regierung, sondern auch als Leitmotive für die Umgestaltung der Gesellschaft und als Mittel, um rasch Frieden, ein Ende der Wirtschaftskrise und die Beseitigung eklatanter sozialer Ungerechtigkeit zu erreichen.

Dieses „sozialisierte“, mit tiefgreifenden Eingriffen in die Eigentumsverhältnisse – Aufteilung des Großgrundbesitzes an die Dorfgemeinschaften bzw. an die Bauern, Arbeiterselbstverwaltung der Produktionsbetriebe – verbundene Verständnis von Demokratie war unvereinbar mit der liberalen Konzeption, in der die bürgerlichen und politischen Rechte an den Weiterbestand

des Privateigentums gekoppelt waren. In der Doppelherrschaft von Provisorischer Regierung einerseits und Räten (Sowjets) andererseits schlugen sich diese radikal verschiedenen Vorstellungen über die neue Ordnung auch institutionell nieder.

Der Versuch, nach dem Februar eine Demokratie zu errichten, scheiterte also erstens daran, dass aufgrund der ganz unterschiedlichen Interessenlagen keine Lösungen für die drängendsten Probleme der unteren Klassen – Landreform, Lebensmittelknappheit, drohende Arbeitslosigkeit – in Sicht waren, und zweitens an der Entscheidung der Provisorischen Regierung, den Krieg fortzusetzen.

Im Sommer 1917 kollabierte die russische Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit stieg stark, die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln funktionierte kaum noch, auch wegen des zunehmenden Chaos im Transportwesen, die Inflation erreichte astronomische Höhen. Der soziale Zerfall äußerte sich in Landbesetzungen und Aneignungen von adligen Gütern und in der Stadt im Anstieg der Verbrechen, begünstigt durch die Auflösung der Polizei und die unzureichende Ausstattung der Bürgermilizen.

Die Wirtschaftskrise, die soziale Erosion, die Fortsetzung des Krieges und der Putschversuch reaktionärer Kräfte um den General Kornilow verschärften die politische Polarisierung im Sommer und Herbst 1917 entscheidend. In den beiden Metropolen verloren die Sozialrevolutionäre und die Menschewiken Einfluss und Unterstützung an die Bolschewiken, die mit ihrer Parole „Brot, Frieden und Land“ die Forderungen der Unterschichten auf den Punkt brachten. Die Garnisonen und die Arbeiter der großen Industriebetriebe in

Petrograd und in Moskau, wo die politischen Weichenstellungen erfolgten, standen damals mehrheitlich hinter den Bolschewiken. Ohne den Rückhalt dieser in militärischer Hinsicht kritischen Masse wäre der Putsch der Bolschewiken im Oktober in Petrograd nicht möglich gewesen.

Die Machtübernahme der Bolschewiken

Doch die bolschewistische Machtergreifung war keineswegs eine unabwendbare Entwicklung. Smith betont stets die Offenheit historischer Verläufe. Mehrmals war es alles andere als sicher, dass die Bolschewiken dem Willen Lenins entsprechend handeln würden. In der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober, als Lenin verkleidet aus seinem Versteck ins Smolny-Institut eilte, um den sofortigen Beginn des Aufstands zu erzwingen, hielt ihn eine Regierungspatrouille an, sah in ihm jedoch einen harmlosen Trunkenbold und ließ ihn ziehen. Wie wäre die Weltgeschichte verlaufen, hätte man Lenin verhaftet? Dieser nötigte jedenfalls das ZK, den Befehl zum Putsch zu erteilen.

Die nicht-bolschewistischen Delegierten des Zweiten Allrussischen Rätekongresses, der am 25. Oktober eröffnet wurde, verließen aus Protest gegen das „kriminelle Unternehmen“ der Bolschewiken den Kongress und überließen damit Letzteren die gesamte Arena der Revolution – ein folgenschwerer Fehler der großen Mehrheit der Kongressdelegierten, wie ein Vertreter der Menschewiken später einräumte: „Durch unsere eigene Unvernunft sorgten wir dafür, dass Lenin auf ganzer Linie siegte.“¹

Der Entschlossenheit der Bolschewi-

ken, an der Macht zu bleiben, fielen in den folgenden Monaten mit der Konstituante die Ansätze zur Errichtung einer Demokratie ebenso zum Opfer wie die konkurrierenden sozialistischen Parteien und die bürgerlichen Freiheiten. „Sowjetmacht“ bedeutete nicht, wie viele Unterstützer der Bolschewiken annahmen, eine Dezentralisierung politischer Macht, sondern im Gegenteil die Errichtung eines Einparteiensstaates, die Konzentration der Macht in den Händen von wenigen Personen und den Aufbau eines Terrorapparats.

In seinen Schlussbetrachtungen beschäftigt sich Smith mit den in den letzten Jahrzehnten viel diskutierten Frage, ob die historischen Umstände – das Erbe des Weltkriegs, der Überlebenskampf des Regimes im Bürgerkrieg, die Notwendigkeit, Städte und Armee ausreichend zu versorgen, die internationale Isolation – die Handlungsspielräume der Bolschewiken so entscheidend einengten, dass es zur Beseitigung der bürgerlichen Freiheiten und der Demokratie, der Errichtung einer Einparteiendiktatur und eines Polizeistaats sowie zum Kriegskommunismus eigentlich keine Alternative gab, oder ob die Ideologie, d. h. die Elemente des Marxismus-Leninismus, handlungsprägend war: die Überzeugung, der Marxismus vermittele „wissenschaftliche“ Einsicht in die Gesetze der Geschichte; die Annahme, Klassenkämpfe seien der Motor der Geschichte; das Konzept der „Diktatur des Proletariats“; das Lenin'sche Modell der Avantgarde-Partei usw.

Smith sieht zwischen diesen beiden Positionen keinen Widerspruch: „Um zu verstehen, warum die Revolution in die Tyrannei mündete, müssen wir erkennen, dass es alternative Handlungsmöglichkeiten gab. In dieser Hin-

sicht ist die Ideologie von entscheidender Bedeutung, weil sie den Rahmen für die Wahlmöglichkeiten festlegte. Aber sie bestimmte nicht, welche Strategie konkret verfolgt werden würde“ (S. 439f).

Kriegskommunismus

Die Politik der Jahre 1918 bis 1921, also während des Bürgerkriegs, die im Nachhinein als „Kriegskommunismus“ bezeichnet wurde, umfasste ein stark zentralisiertes System der staatlichen Wirtschaftsverwaltung, die vollständige Verstaatlichung der Industrie, ein Staatsmonopol auf Getreide und andere Landwirtschaftsprodukte, die Rationierung wichtiger Konsumgüter, ein teilweises Verbot des Privathandels und eine weitgehende Militarisierung der Arbeit.

Mit dem Bürgerkrieg entstand und verdichtete sich unter den Bolschewiken eine von Gewalt und Zerstörung, fortwährenden Notlagen, Hungersnöten, fehlender Unterstützung durch die Bevölkerung und Einkreisung geprägte Atmosphäre, sodass sich die Führung um Lenin und Trotzki zu diktatorischen Herrschaftsformen veranlasst sah und zu einer immer brutaleren Kriegsführung gegenüber den militärischen Gegnern in Krieg und Bürgerkrieg, gegenüber tatsächlichen oder vermeintlichen zivilen Oppositionellen einschließlich der Angehörigen des einstigen Adels und Bürgertums sowie gegenüber den Millionen Bauern, die sich gegen die mit äußerster Gewalt betriebenen Lebensmittelrequisierungen zur Wehr setzten.

„Immer schon war das Ethos der Bolschewiki durch Rücksichtslosigkeit, Entschlossenheit, Autoritarismus und ‚Klassenhass‘ gekennzeichnet, doch

verwandelte der Bürgerkrieg diese Eigenschaften in Grausamkeit, Fanatismus, absolute Intoleranz gegenüber allen Auffassungen, die von denen der Bolschewiki abwichen, und diese Eigenschaften wurden stilbildend für die antidemokratische Kultur des neuen Staats. Der holzschnittartige Glaube daran, dass die Ziele jedes Mittel heiligen, ließ keinen Zweifel zu“ (S. 302).

In Übereinstimmung mit renommierten, auf die Geschichte Russlands bzw. der Sowjetunion spezialisierten Historikern wie Orlando Figes, Oleg Chlewnjuk und Dietmar Neutatz betont Smith, dass die politische Kultur und Praxis der Bolschewiken entscheidend durch die Erfahrungen des Bürgerkriegs geprägt wurden.

Der – allerdings ungeheuer kostspielige – Sieg im Bürgerkrieg bestärkte die Bolschewiken in ihrer Überzeugung von der Überlegenheit zentralistischer, befehlsadministrativer Politik, und dies auch und gerade im Bereich der Wirtschaftspolitik, und ihren Gegnern gegenüber gnadenlos aufzutreten. Die Invasionen ausländischer Mächte und das Ausbleiben der Revolution im westlichen Europa förderten die Mentalität des Einkreisenseins und die Erwartung eines unmittelbar bevorstehenden Angriffs kapitalistischer Mächte, ohne die die „große Wende“ Stalins nicht zu erklären ist. Die Angst vor Innen- und Außenfeinden wurde während des Bürgerkriegs zur Obsession und setzte sich in der Psyche der bolschewistischen Führer fest.

Neue Ökonomische Politik

Vor dem Hintergrund der Hungerkatastrophe und der Bauernaufstände gewaltigen Ausmaßes beschloss der X. Parteitag der KPR(B) im März 1921

eine weitgehende Neuorientierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik, und zwar vom Kriegskommunismus hin zum Markt und zu Privatunternehmen, die sog. „Neue Ökonomische Politik“. Die NÖP war eine hybride, in ständiger Veränderung begriffene Wirtschaftsordnung, in der sich eine bäuerliche Wirtschaft aus Dorfgemeinschaften und freien Bauern mit einem zu wirtschaftsorientierter Buchführung verpflichteten Staatssektor, privaten Handels- und Industriebetrieben, einem Netzwerk von staatlichen und kooperativen Organisationen für Beschaffung und Verteilung, einem Kreditsystem und einem nur rudimentär entwickelten Kapitalmarkt verbanden. Die Landwirtschaft erholte sich unter den neuen Rahmenbedingungen 1922 und 1923 schnell.

Lenin sah in der NÖP ein System des Übergangs, „in dem Marktmechanismen ... allmählich dazu dienen würden, den Staatssektor zuungunsten des privaten Sektors zu stärken, was einen Zeitraum von mindestens ‚ein bis zwei Jahrzehnten‘ in Anspruch nehmen würde“ (S. 306). Letztlich gingen Lenin und die anderen Parteiführer niemals ernsthaft von einer Sozialkonzeption ab, welche die Beseitigung des Marktes und das staatliche Eigentum sämtlicher Produktionsmittel vorsah.

Am Ende seiner Ausführungen über die wirtschaftspolitischen Aspekte der NÖP resümiert Smith, dass die NÖP eine in sich widersprüchliche Wirtschaftsordnung gewesen sei. Sie erwies sich vor allem deshalb von Anfang an als krisenanfällig. Die Zulassung von Marktmechanismen und die Wiederbelebung der Bauernschaft setzten ökonomische und soziale Dynamiken frei und führten zu erheblichen Un-

gleichgewichtigen wirtschaftlicher und sozialer Art, welche der Kontrolle des Parteistaats in erheblichem Maße entglitten. Damit stieg aber auch die Neigung der Regierung, mit befehlsadministrativen Maßnahmen in die Marktmechanismen einzugreifen und den politisch unerwünschten Dynamiken und Ungleichgewichten entgegenzusteuern. Als Folge davon verschärften sich freilich die der NÖP ohnehin von Beginn an inhärenten Widersprüche nur noch weiter.

Mit der NÖP wich die ursprüngliche bolschewistische Idee, dass die Arbeiter in den Fabriken die Macht übernehmen sollten, dem verbissenen Streben nach der Steigerung der Industrieproduktion. Aufgrund der Erwartung eines unmittelbar bevorstehenden Angriffs kapitalistischer Mächte ging es vorrangig um den Aufbau bzw. Ausbau der Schwer-, der Maschinen-, der Fahrzeug- und der Rüstungsindustrie, wofür Bauern und Arbeiter kurz- und mittelfristig große Opfer zu bringen hatten. Unter „Revolution“ wurden nun die Bemühungen des Parteistaats verstanden, die Ressourcen an Arbeitskräften, Produktionsmitteln und Rohstoffen zu mobilisieren, um die wirtschaftliche und militärische Rückständigkeit gegenüber dem kapitalistischen Westen möglichst rasch zu verringern.

Die Parteiführung war keinesfalls bereit, parallel zur ökonomischen Liberalisierung eine gewisse Demokratisierung zuzulassen. Im Gegenteil: Die Erwartung und Befürchtung, dass die im Zuge der NÖP-Realisierung auftretenden neuen wirtschaftlichen Akteure – Unternehmer in Produktion und Distribution, freie Bauern, technische und ökonomische Experten – zu Klassenfeinden mutieren könnten, veranlassten sie zu der Schlussfolgerung, dass

die ökonomische Liberalisierung die Intensivierung des Machtmonopols der Partei und die Schließung der Reihen der Partei selbst erforderten. Bereits 1921 verhängte der Parteitag ein temporäres Fraktionsverbot, das sich als dauerhaft erweisen sollte. In den folgenden Jahren dehnte die Partei ihre Kontrolle nach und nach auf alle Regierungsorgane aus. Alle für die Sowjetunion wesentlichen politischen Entscheidungen fällten einige wenige Personen im Politbüro des ZK der KPdSU.

Gemessen am Bürgerkrieg sowie der Stalin'schen „Revolution von oben“ ab 1928/29 war die Zeit der NÖP eine Periode relativer Ordnung. Anschließend an die Zeit von den 1890er-Jahren bis 1914 bildeten sich erneut Ansätze einer Zivilgesellschaft heraus. Diese Entwicklungen wurden jedoch durch ständig zunehmende staatliche Interventionen gebremst und begrenzt. „Sicher kann die NÖP-Gesellschaft in keinerlei Hinsicht als ‚liberal‘ bezeichnet werden, doch war sie pluralistischer als die brutal konformistische Gesellschaft, die Stalin mit seiner ‚großen Wende‘ von 1928 inaugurierte“ (S. 421).

Das knapp und sehr gut lesbar geschriebene Werk, das sich durch einen klaren Aufbau auszeichnet, richtet sich sowohl an eine breite Leserschaft als auch an das historische Fachpublikum.

Martin Mailberg

Literatur

- Chlewnjuk, Oleg, Stalin. Eine Biographie (München 2015); Rezension in: Wirtschaft und Gesellschaft 42/1 (2016) 202-208.
- Figes, Orlando, Hundert Jahre Revolution. Russland und das 20. Jahrhundert (München 2015); Rezension in: Wirt-

schaft und Gesellschaft 41/3 (2015)
479-484.
Neutatz, Dietmar, Träume und Alpträume.
Eine Geschichte Russlands im 20. Jahr-
hundert (München 2013).

Anmerkung

1 Zitiert aus Figes (2015) 119.

OGB VERLAG

www.oegbverlag

19 ■ sozialpolitik in diskussion sozialpolitik in diskussion

Ursula Filipić und Annika Schönauer (Hg.)

ZUR ZUKUNFT VON ARBEIT
UND WOHLFAHRTSSTAAT

PERSPEKTIVEN AUS DER SOZIALFORSCHUNG

AK

WIEN

Februar 2018
www.arbeitskammer.at

Zur Zukunft von Arbeit und Wohlfahrtsstaat

Perspektiven aus der Sozialforschung

Ursula Filipić und Annika Schönauer (Hg.)
Sozialpolitik in Diskussion Band 19 / ÖGB-Verlag 2018 / 80 Seiten / EUR 10,00
ISBN 978-3-99046-278-2

Pege, Digitalisierung, Frauen in Führungspositionen: Was bedeuten Verände-
rungen der Arbeits- und Lebenswelten für die Gestaltung von Arbeit und Sozial-
staat? Die Beiträge im vorliegenden Band der AK-Schriftenreihe „Sozialpolitik in
Diskussion“ sind das Ergebnis eines von der AK lancierten „Call for Presentati-
on“ und spannen thematisch wie methodisch einen weiten Bogen: von der Frage
nach einer adäquaten sozialversicherungsrechtlichen Absicherung von Crowd-
workerInnen über die Interaktion von Menschen und Maschinen in zunehmend
digitalisierten, automatisierten und vernetzten Arbeitsumgebungen bis hin zu
einer Einschätzung des Anteils der durch Automatisierung gefährdeten Berufe in
Österreich; von den Arbeits- und Lebensbedingungen in einem zunehmend trans-
nationalen Sorgemarkt bis hin zur mangelnden Ausrichtung des österreichischen
Langzeitp egeregimes auf die pegenden Angehörigen; von den zusätzlichen
Hürden für Frauen in Führungspositionen bis hin zur maßgeblichen Bedeutung
der individuellen Klassenposition für die Gestaltungsmöglichkeiten des eigenen
Lebens.

BESTELLUNG IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS
www.arbeit-recht-soziales.at / kontakt@arbeit-recht-soziales.at
T +43 1 405 49 98-132 / F +43 1 405 49 98-136
oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags
1010 Wien, Rathausstraße 21

